

# OSTTHÜRINGER Zeitung

## Straßenausbaubeiträge in Pößneck: Außer Spesen nichts gewesen

23.05.2015 - 08:26 Uhr

Die Pößnecker Stadträte sollten in ihrer Sitzung am Donnerstagabend die Aussetzung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen beschließen. Nach einiger Diskussion kam es anders.



Straßenbauarbeiten in Pößneck: Das Thema der unbeliebten Straßenausbaubeiträge lässt das kommunale Parlament nicht los. Archivfoto: Marius Koity

Pößneck. Die Initiative hatte die Fraktionsgemeinschaft FDP/FW/FFW ergriffen. Vor dem Hintergrund, dass die rot-rot-grüne Landesregierung in der Frage dieser Abgabe eine neue gesetzliche Regelung schaffen wolle, sollte mit der Aussetzung „der städtischen Verwaltung unnütze Arbeit und den Bürgern Ärger erspart“ werden, erläuterte [Thomas Weidermann](#). Seinen schriftlichen Antrag ergänzte er mündlich um eine Befristung des Moratoriums bis Ende 2015.

Straßenausbaubeitrags-Gegner und Birso-Chef [Wolfgang Kleindienst](#) war sofort dabei. Er wusste auch zu berichten, dass die Landesregierung „alle möglichen Modelle“ prüfe. [Constanze Truschzinski](#) (SIP) mokierte sich zunächst über den fehlenden Deckungsvorschlag für die entgehenden Einnahmen, was ihr ja immer um die Ohren gehauen werde. Um dann noch einen draufzusetzen mit dem Vorschlag, eine Aussetzung der Erhebung von Beiträgen gleich bis Ende 2016 zu beschließen. Später war Bernd Künast (SPD) der Meinung, dass man erst einmal nur ein Vierteljahr die Arbeit an den Beitragsbescheiden ruhen lassen sollte. Zu diesem Zeitpunkt war die Euphorie längst dahin, weil Marc Roßner (SPD) sicher nicht ohne Grund gefragt hatte, ob denn ein solcher Beschluss gesetzeskonform wäre. Er plädierte dafür, das Thema erst einmal im Haupt- und Finanzausschuss des Stadtrates gründlich vorzubereiten.

„Was soll denn im Ausschuss heraus kommen?“, ärgerte sich da [Wolfgang Kleindienst](#). Ja, „das ist doch nicht ganz so einfach“, antwortete Bürgermeister [Michael Modde](#) (Freie Wähler), der plötzlich von einem „rechtlich problematischen Antrag“ redete. Der städtische Justiziar Udo Schäfer bestätigte, dass das Stadtoberhaupt den Beschluss wohl beanstanden müsste, wenn er denn wie von der FDP/FW/FFW-Fraktion gewünscht zustande käme.

Die städtische Straßenausbaubeitragssatzung ist gültig und nun umzusetzen, zumal entsprechende Einnahmen im städtischen Haushalt eingestellt sind, lautete die Quintessenz der Debatte. Die nach mehrheitlicher Bestätigung des Roßner-Gedankens im Haupt- und Finanzausschuss fortgeführt werden soll, bei Gelegenheit.

Die Frage der Straßenausbaubeiträge habe das kommunale Parlament genauso wie das Thema Bad seit der Wende beschäftigt, stellte [Thomas Weidermann](#) etwas bitter noch in den Raum. Beim Bad habe man nach über zwanzig Jahren immerhin einen Abschluss hingekriegt.

Marius Koity / 23.05.15 / OTZ